



Pistazien sind das wichtigste Exportgut des Iran nach Erdöl.

FOTO: AFP

Neuer Hoffnungswert für Exporteure

Deutsche Firmen setzen große Erwartungen in die Öffnung des Iran / Mehr Rohöl kommt erst 2016 auf den Markt

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH UND AFP

CHIANG MEI/FRANKFURT. Nach der Einigung im Atomstreit mit dem Iran und einer Aufhebung der Wirtschaftssanktionen wittert die deutsche Wirtschaft gute Geschäfte. Besonders bei der Modernisierung der Industrie rechnen sich deutsche Maschinen- und Anlagenbauer große Marktchancen aus. Der Iran wiederum hofft, schnell wieder eine bedeutende Rolle auf dem Markt für Öl spielen zu können. Wegen veralteter Förderanlagen und dem Überangebot auf dem Ölmarkt dürften die iranischen Ölexporte aber langsamer steigen als gehofft.

„Die großen Dax-Unternehmen scharren schon mit den Hufen“, sagt Michael Tokkuss, Vorstand der deutsch-iranischen Handelskammer. Die 78 Millionen Einwohner zählende islamische Republik hat eine industriell geprägte Wirtschaftsstruktur. Zahlreiche Industrieanlagen sind veraltet und müssen modernisiert werden.

Nach Schätzungen der Handelskammer könnten sich die deutschen Ausfuhren in den Iran nach dem Wegfall der Sanktionen auf bis zu sieben Milliarden Euro erhöhen. Das entspräche fast einer Verdreifachung der Exporte von 2014, die bei 2,38 Milliarden Euro lagen. Nils Schmid, der baden-württembergische Wirtschaftsminister, glaubt gar, die Exporte könnten sich in wenigen Jahren verzehnfachen. Im vergangenen Jahr hatten Firmen aus Baden-Württemberg Waren im Wert von 222 Millionen Euro in den Iran exportiert, verglichen mit dem Jahr 2007 war das etwa eine Halbierung. Auch die iranischen Unternehmen erhoffen

sich, ihre Absätze in Europa und Deutschland zu erhöhen. 2014 importierte die Bundesrepublik iranische Waren im Wert von rund 269 Millionen Euro. Noch dominierten traditionelle Exporte, erläutert Tokkuss, doch das ändere sich gerade. Besonders Vorprodukte für die Autoindustrie könnten für deutsche Unternehmen interessant sein. Vor dem Beginn der Sanktionen lieferte der Iran beispielsweise Kühler oder Getriebe für Lastwagen nach Europa.

Der Iran wiederum will wieder eine größere Rolle als Ölexporteur spielen, dem wichtigsten Exportgut. Direkt nach der Ankündigung des Nuklearabkommens sank der Ölpreis kräftig. Doch es ging schnell wieder nach oben, nachdem die Händler gemerkt hatten, dass frühestens Anfang nächsten Jahres mit höheren Ölexporten zu rechnen ist. Der Iran muss erst nachweisen, dass er alle Elemente des Abkommens umgesetzt hat, bevor die Sanktionen aufgehoben werden. Die internationale Atomenergieagentur IAEA geht davon aus, dass dies Mitte Dezember der Fall sein wird.

Teheran hat angekündigt, die Exporte binnen sechs Monaten von heute gut einer Million auf über zwei Millionen Barrel pro Tag zu verdoppeln. „Die eine Frage ist, wie schnell können sie Öl auf den Markt bringen und die andere Frage ist, wie schnell können sie es verkaufen beim derzeitigen Preiskrieg?“, sagt Bijan Khajepour, ein Branchenkenner, der die iranische Ölindustrie beobachtet. Er schätzt, dass der Iran seine Produktion sehr schnell um 400 000 Barrel pro Tag erhöhen kann, indem er Förderanlagen stärker auslastet. Dann wird es aber schwieriger. Die Ölförderanlagen sind veraltet. Um seine Ölindustrie zu modernisieren, ist der Iran auf das Know-how der Ölkon-

zerne angewiesen. Vor den Sanktionen waren Eni, Statoil und Total im Iran aktiv.

Das iranische Öl wird auf einen Weltmarkt treffen, auf dem es bereits ein Überangebot gibt. Jeden Tag werden zwei Millionen Barrel mehr gefördert als verbraucht. „Irans Anstrengungen, seine Ölexporte zu steigern, hätten nicht zu einem schlechteren Zeitpunkt kommen können, in Anbetracht des Überangebots auf dem Markt“, sagt Michael Cohen von der Barclays Bank. In Saudi-Arabien und Russland ist die Ölproduktion nahe einem Allzeit-Hoch und auch die amerikanische Produktion von Schieferöl ist trotz des Preisverfalls in den letzten Monaten nicht zurückgegangen.

Aus Sicht von Stephen Davis von Signal Analytics ist letztlich aber die chinesische Ölnachfrage entscheidend: „Die Leute konzentrieren sich zu sehr auf Angebot und Nachfrage, dabei ist es die Weltwirtschaft, die den Ölpreis bestimmt und China steht stellvertretend für die Weltwirtschaft.“ Doch China kämpft derzeit mit nachlassendem Wachstum und Turbulenzen an den Aktienmärkten. Noch schwieriger wird eine deutliche Erhöhung der

Gasexporte. Der Iran sitzt zwar auf den größten Gasvorkommen der Welt, hat aber zu wenig Kapazitäten für den Export. Der iranische Anteil am globalen Gasmarkt liegt bei nur einem Prozent. Das ist auch der EU nicht entgangen, die derzeit versucht, unabhängiger von russischem Gas zu werden. Der EU-Energiekommissar Miguel Arias Cañete sagt denn auch: „Es gibt ein Potenzial für größere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Iran.“ Wann das erste iranische Gas in Europa ankommt, weiß er aber auch noch nicht: „Es ist zu früh, um den Zeitpunkt erster Lieferungen abzuschätzen.“ Der Iran verfügt derzeit über keine Anlage zur Verflüssigung von Gas und hat nur zwei kleinere Exportpipelines in die Türkei und nach Armenien.

Aus Sicht von Sijbren de Jong vom Zentrum für strategische Studien in Den Haag sollte sich Europa aber sputen: „Wenn europäische Firmen, Regierungen und die EU jetzt nicht auf die Überholspur einbiegen, dann werden andere Länder schneller sein.“ Bereits im April wurde bekannt, dass China eine Pipeline vom Iran nach Pakistan bauen will.

INFO

PISTAZIEN AUS DEM IRAN

Wie gründlich das Nuklearabkommen mit dem Iran ausgehandelt wurde, zeigt sich im Punkt 5.1.3: Dort verpflichten sich die USA „Lizenzen für den Import von iranischen Teppichen und Lebensmitteln, inklusive Pistazien und Kaviar“ zu erteilen. Was das bedeutet, erklärt Jeff Braverman, der Chef des US-Unternehmens Nuts.com: „Früher kamen die meisten Pistazien aus dem Iran. Sie waren groß und rund und hatten einen

tollen, nussigen Geschmack. Nach dem Handelsembargo gegen den Iran eroberten kalifornische Pistazien den Markt. Die sehen gut aus und sind leicht zu öffnen, aber für Pistazienkenner schmecken sie nach Pappe. Wenn die iranischen Pistazien wieder ins Land dürfen, werden sie einen großen Teil des Marktes übernehmen.“ Das wird sich positiv auf die iranische Handelsbilanz auswirken. Nach Öl sind Pistazien das zweitwichtigste Exportprodukt des Landes. *mih*

KURZ GEMELDET

Porsche investiert

Mit milliardenschweren Investitionen will der Autobauer Porsche seine Standorte in der Region Stuttgart ausbauen. Bis 2020 sollen etwa 1,1 Milliarden Euro in die Werke Zuffenhausen in Stuttgart, Ludwigsburg und Weissach fließen, wie die VW-Tochter am Mittwoch in Stuttgart mitteilte. *dpa*

Weniger Filialen

Deutschlands Genossenschaftsbanken stimmen die Öffentlichkeit auf weiteres Filialsterben ein. Zehn bis 20 Prozent weniger Standorte binnen drei Jahren seien vorstellbar, sagte der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Uwe

Fröhlich, am Mittwoch. Ende vergangenen Jahres hatten die 1047 Volks- und Raiffeisenbanken bundesweit 12 770 Standorte. Fröhlich machte steigende Kosten und für den Schrumpfkurs verantwortlich. Er Fröhlich rechnet auch mit einem „beschleunigten Trend zu Fusionen“. Grob geschätzt könnte es im laufenden Jahr zwischen 30 und 40 Zusammenschlüsse genossenschaftlicher Institute geben, sagte er. *obr*

Präzisere Angaben

Eigentlich sollen sie Klarheit schaffen, tatsächlich können die Energie-Kennzeichnungen von A bis G und von A bis A+++ auf Waschmaschinen, Fernsehern und anderen Haushaltsgeräten die Verbraucher wegen des uneinheitlichen

Systems derzeit eher verwirren. Die EU-Kommission will die Kennzeichnung daher wieder vereinfachen und hat am Mittwoch in Brüssel einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorgestellt. Er sieht eine Rückkehr zur einfachen Skala von A bis G vor. Die Mitgliedsländer und das EU-Parlament müssen zustimmen. *AFP*

Toyota ruft zurück

Der Autobauer Toyota muss wegen Software-Problemen in Deutschland mehr als 19 000 Fahrzeuge der Modelle Prius+ und Auris Hybrid in die Werkstätten zurückrufen. Ein Software-Fehler solle behoben werden. Weltweit sind nach Unternehmensangaben rund 625 000 Fahrzeuge betroffen. *dpa*

Pofalla rückt in den Bahn-Vorstand auf

BERLIN (dpa). Deutsche-Bahn-Chef Rüdiger Grube macht mit seinem angekündigten Konzernumbau ernst. Wie die *Deutsche Presse-Agentur* aus dem Umfeld des Aufsichtsrats erfuh, werden vier der bisherigen Vorstandsmitglieder das Unternehmen verlassen. Der frühere Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) wird demnach Gerd Becht als Vorstand für Datenschutz und Recht ersetzen. Zugleich soll Pofalla sich wie bisher um politische und internationale Beziehungen kümmern. Für Ulrich Homburg, zuständig für den Personenverkehr, soll Berthold Huber kommen. Der Vorstand Transport und Logistik, Karl-Friedrich Rausch, werde in Ruhestand gehen. Den Abschied von Technik-Vorstand Heike Hanagarth, der einzigen Frau im Vorstand, zum 31. Juli hatte die Bahn zuvor offiziell mitgeteilt.

Solarbranche schrumpft

Somont baut Stellen ab

VON UNSEREM MITARBEITER
BERNWARD JANZING

FREIBURG. Erneut ein Schlag für die Freiburger Solarbranche: Die Firma Somont in Umkirch hat 16 Mitarbeitern gekündigt. Das bestätigte der schweizerische Mutterkonzern Meyer Burger Technology AG gegenüber der Badischen Zeitung. Von Marktanpassungen und Restrukturierungen ist die Rede. Damit schrumpft die Belegschaft am Standort Umkirch um rund 30 Prozent. Die Freiburger IG Metall bezog zu den Entlassungen keine Stellung, da sie, wie sie auf Anfrage erklärte, „bisher wenig Zugang“ zu dem Unternehmen habe.

Somont entwickelt und baut Lötautomaten, sogenannte Stringer, die die einzelnen Solarzellen, aus denen die Solarmodule aufgebaut werden, elektrisch verbinden. In Umkirch wird in Zukunft nur noch die einschlägige Forschung und Entwicklung beheimatet sein, die Produktion wird komplett an den Stammsitz von Meyer Burger in Thun verlegt. Der Fortbestand der Entwicklungsabteilung in Umkirch ist nach Konzernangaben aber nicht gefährdet, man habe dort viel Kompetenz aufgebaut.

Den gekündigten Mitarbeitern aus der Umkircher Fertigung würden nun Arbeitsplätze in anderen Niederlassungen des Konzerns angeboten sowohl in der Schweiz wie auch an deutschen Standorten, heißt es aus der Unternehmenszentrale. Meyer Burger wurde durch Drahtsägen groß: Einst begann sie dort mit Maschinen zur Bearbeitung von Rubinen und Saphiren der Uhrenindustrie, heute besteht ihr Hauptgeschäft im Bau von Anlagen, die Siliziumblöcke der Photovoltaikindustrie in dünne Scheiben sägen.

Ehrgeiziger bei Klimaschutz

Reform des Emissionshandels

VON UNSERER KORRESPONDENTIN
DANIELA WEINGÄRTNER

BRÜSSEL. Die EU-Kommission will den Europäischen Emissionshandel (ETS) grundlegend reformieren. Von 2021 an sollen mehr Emissionsrechte aus dem Markt genommen werden, um den Preis für jede erzeugte Tonne Kohlendioxid (CO₂) zu erhöhen. Er war zwischenzeitlich auf unter fünf Euro pro Tonne gefallen und liegt aktuell bei etwa 7,50 Euro. Damit wird die gewünschte Wirkung des Instruments, umweltfreundliche Investitionen anzuregen, nicht erreicht.

Die Kommission hatte deshalb zunächst in einer einmaligen Aktion beschlossen, 1,5 Milliarden dieser Rechte einzufrieren – nach Protesten der energieintensiven Branchen wurde die Aktion allerdings auf 2019 verschoben. Danach soll die Verknappung dauerhaft werden. Statt wie bisher 1,74 Prozent pro Jahr sollen ab 2021 2,2 Prozent der Emissionsrechte jährlich aus dem Handel genommen werden. Die Industrie erhält weiter freie Emissionsrechte, muss dafür aber strengeren Umweltauflagen genügen.

Die Kommission hofft, den Emissionspreis durch die Reform auf 25 Euro je Tonne CO₂ anzuheben. Mit der Reform des Emissionshandels will die Kommission den Druck auf die Klimakonferenz von Paris erhöhen, Ende des Jahres ein verbindliches und globales Klimaabkommen zu vereinbaren. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel könnten einen Beitrag zur Unterstützung der Klimapolitik in der Dritten Welt und zum Technologietransfer leisten, heißt es im Vorschlag der Kommission. Die Umweltorganisation WWF kritisierte den Plan als zu wenig ambitioniert. Der Vorschlag der Kommission ist der Start des Gesetzgebungsverfahrens in der EU. Der Rat der Mitgliedsstaaten und das europäische Parlament müssen zustimmen.